

Ist Gott grenzenlos?

von I.I.

Will Gott eine grenzenlose Welt?

Als sich Satan über Gott erhob, wurde er und ein Teil der Engel Gottes aus dem „alten“ Himmel ausgeschlossen und auf die „alte“ Erde geworfen. Der Himmel blieb für ihn nun ein verschlossener Ort (Off.12:8,9).

Als die ersten zwei sündlosen Menschen sündigten, wurden sie aus dem Paradies ausgeschlossen. Kein Weg führte zurück (Gen.3:24).

Nachdem die alte Erde und der alte Himmel vernichtet werden, entsteht eine neue Erde und Himmel. In diesem Himmel gibt es ein neues Jerusalem. Diese heilige Stadt besitzt eine Begrenzung, eine Mauer (Off.21:12) Warum? Damit nichts Unreines hineinkommt (Off.21:24,27).

Was haben alle diese Orte gemeinsam? Da wohnt Gott. Gott begrenzt sich.

Gott liebt Grenzen

In Num.34 -35 können wir lesen, WIE wichtig für Gott Grenzen sind:

Kap.34:

Der HERR sprach zu Mose: Erkläre den Israeliten, wie die Grenzen des Landes Kanaan verlaufen sollen:

Die Südgrenze beginnt am Toten Meer

Sie erreicht den ägyptischen Grenzfluss

Die Mittelmeerküste bildet die Westgrenze.

Die Nordgrenze führt vom Meer zum Berg Hor,

Hier beginnt die Ostgrenze.

Das ganze Land, das in diesen Grenzen liegt, soll euch gehören.

Kap.35:4f

Die Weidefläche soll sich auf jeder Seite der Stadt 500 Meter weit ins Land erstrecken, so dass jede ihrer vier Seiten mindestens einen Kilometer lang ist.

Satan reißt die Mauern und Grenzen nieder.

Der Fürst dieser Welt und die Kinder dieser Welt schaffen die Grenzen ab (Lk.4:5,6b). Denn in einer grenzenlosen Welt kann sich das Böse, das Verbrechen nicht nur wie eine Epidemie ausbreiten, sondern grenzenlos wieder verschwinden und untertauchen.

Babylon ist die große grenzenlose Stadt, größer als ein Land, so groß und grenzenlos, wie die Welt selbst (Off.11:8).

Gott erfand die Grenze (Hiob 26:10; Ps.74:17). Aber die Sünder verrücken sie. (Hiob 24:2; Spr.23:10). In mehr als 100 Bibelstellen lesen wir, dass Gott ein Gott der Grenzen ist.

Wer sich für ein grenzenloses Europa einsetzt und Landesgrenzen abschafft, dient dem Fürsten dieser Welt, denn selbst auf der neuen Erde werden die Völker getrennt sein (Off.2:26; 21:3).

Die göttliche Ordnung

Nach der göttlichen Ordnung trennt Gott Rassen und Sprachen:

Von diesen trennten sich die Völker der Inseln in ihren Ländern, ein jedes nach seiner Sprache, nach seinen Geschlechtern in ihren Völkern (Gen.10:5,20).

Im 5.Mose 32 lesen wir, das Mose ein Lied sprach,ehe er starb. Ein Lied was Gott ihnen eingegeben hatte. Dieses Lied ist eine Zusammenfassung von den was Gott bisher an seinen Volk tat und was sein Volk an Gott tat.

Im Vers 8 lesen wir folgende Tatsache:

Als der Höchste den Völkern Land zuteilte und der Menschen Kinder voneinander schied, da setzte er die Grenzen der Völker nach der Zahl der Söhne Israels.

Eine Vereinigung der Völker zum Frieden kann nur durch die Annahme des Evangeliums gelingen.

Wer trägt vor Gott die Verantwortung?

Wer trägt die Verantwortung für die Christianisierung oder Islamisierung der Völker?
Aber Jesus rief sie zu sich und sprach: Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun (Mt.20:25; Lk.22:25).

Hier zeigt uns der Herr, dass jeder Herrscher nur für *sein* Volk Verantwortung trägt! Die Nächstenliebe Gottes *verpflichtet kein Land* sich um ein anderes Land zu kümmern!¹ Die *Nächstenliebe*, liebt sein NÄCHSTEN: Die einzige Verantwortung, die über die Landesgrenzen, die die Nächstenliebe einschließt, hinaus geht, ist: das Evangelium ALLEN Völkern zu verkündigen (Mat.11:5).

Für das was in und mit unserem christlichen Land geschieht, trägt alleine unsere Bundesregierung vor Gott die Verantwortung und Niemand außerhalb Deutschlands. Sie ist an kein anderes Gesetz gebunden, als an die Gesetze Gottes und unserem Grundgesetz: **Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott!**

Können wir, wir Christen uns zurücklehnen, weil wir uns nicht an eine Lehne im Bundestag lehnen?

Und wenn euch jemand nicht aufnehmen und eure Rede nicht hören wird, so geht heraus aus diesem Hause oder *dieser Stadt* und schüttelt den Staub von euren Füßen.

Wahrlich, ich sage euch: *Dem Land* von Sodom und Gomorra wird es erträglicher ergehen am Tage des Gerichts als *dieser Stadt*. (Mt 10,14,15)

Jesus macht nicht nur den Regierungen der Länder Vorwürfe, sondern auch den Bürgermeistern der einzelnen Städte, denn *sie* tragen die Verantwortung über eine Stadt:

Danach begann Jesus *die Städte anzuklagen*, in denen er die meisten seiner Wunder vollbracht hatte. *Ihre Einwohner hatten sich nicht von ihren Sünden abbringen lassen und lebten weiterhin ohne Gott.*

21 »*Welche Schrecken erwarten euch*, Chorazin und Betsaida! Denn wenn ich die Wunder, die ich bei euch getan habe, in den gottlosen Städten Tyrus und Sidon getan hätte, hätten *ihre Einwohner schon längst ihre Schuld bekannt* und sich zum Zeichen ihrer Reue in Säcke gehüllt und Asche auf ihre Häupter gestreut.

23 Und *ihr Bewohner* von Kapernaum, ob ihr wohl einst in den Himmel gehoben werdet? Ganz sicher nicht. Ihr werdet vielmehr hinunter ins Totenreich geworfen. Denn wenn ich die Wunder, die ich bei euch getan habe, in Sodom getan hätte, würde *die Stadt* heute noch stehen.

24 Seid versichert: Sodom wird *am Tag des Gerichts besser dastehen als ihr!*« (Mt.11:20ff)

¹ Mehr dazu in dieser Botschaft
© www.Jesus-ist.net

Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages:

Bundestag stellt fest: Grenzöffnung 2015 war illegal

🕒 22. September 2017 📍 Deutschland



von Kuebl = Armin Kübelbeck (Eigenes Werk) [GFDL oder CC-BY-SA-3.0], via Wikimedia Commons

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages legt kurz vor der Wahl ein brisantes Gutachten vor. Demnach war die fatale Grenzöffnung 2015 illegal.

**Wer patriotische Medien will, muss diese auch unterstützen.
Abonniere jetzt das Magazin Info-DIREKT!**

Die Grenzöffnung 2015 hat geltendes Recht missachtet und stellt einen **eklatanten Verfassungsbruch** dar. Zu diesem Schluss kamen bereits mehrere anerkannte Juristen und Experten. Doch jetzt legt auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages ein eindeutiges Gutachten vor, wonach die Grenzöffnung 2015 auf keinerlei Rechtsgrundlage erfolgte. Das Schriftstück liegt **exklusiv der „Welt“** vor.

Abstimmung des Parlaments nötig gewesen

So verweisen die Juristen auf die „Wesentlichkeitslehre“ und das „Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip“, wonach der Gesetzgeber (also das Parlament) in „grundlegenden normativen Bereichen ... alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen“ habe. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familiennachzug würde es der „Entscheidung der Legislative“ obliegen, „ob und bei welchem Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung die Zuwanderung von Ausländern ins Bundesgebiet begrenzt wird.“ Es wäre also eine Abstimmung des Parlaments nötig gewesen. Auch die Migranten, die aus Österreich nach Deutschland kamen, hätten abgewiesen werden müssen. Denn bei Österreich handelt es sich klar um einen sicheren Drittstaat.

Merkel handelte antidemokratisch

Doch anstatt das Parlament über ihre Entscheidung abstimmen zu lassen, handelte Merkel klar antidemokratisch und hielt nur Rücksprache mit einzelnen Ministern. Auch nachträglich stimmte das Parlament nie darüber ab, weshalb nach wie vor die Rechtsgrundlage für die Entscheidung fehlt. Eine entsprechende Anordnung des Innenministeriums, das Ausnahmen ermöglicht hätte, gab es nicht. Das Gutachten zeigt also deutlich, was vielen ohnehin schon bewusst ist: die Grenzöffnung 2015 verstieß gegen geltendes Recht, stellt einen Verfassungsbruch dar und wurde auf antidemokratische Art und Weise beschlossen.

So geschah die Grenzöffnung:

The screenshot shows the top navigation bar of the 'Welt' news website. The main menu includes 'HOME', 'WELTPLUS', 'LIVE-TV', 'MEDIATHEK', 'POLITIK', 'WIRTSCHAFT', 'SPORT', 'PANORAMA', 'WISSEN', 'KULTUR', 'MEHR >', and 'PRODUKTE'. Below the navigation bar, the breadcrumb trail reads 'HOME » POLITIK » DEUTSCHLAND » Flüchtlingskrise: Fast hätte Angela Merkel die Grenze geschlossen'. The article title is 'POLITIK' with sub-categories 'DEUTSCHLAND' and 'AUSLAND'. The specific article title is 'DEUTSCHLAND FLÜCHTLINGSKRISE' followed by 'Fast hätte Merkel die Grenze geschlossen'. The publication date is 'Veröffentlicht am 05.03.2017 | Lesedauer: 3 Minuten'.

Der Einsatzbefehl lag vor: Die Zurückweisung von Flüchtlingen scheiterte im Herbst 2015 nicht an mangelndem politischem Willen. In der entscheidenden Stunde wollte kein führender Politiker die Verantwortung übernehmen.

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise im September 2015 entschied Angela Merkel, Tausende Migranten, die von Ungarn her unterwegs waren, nach Deutschland zu holen. Seitdem ist ihre Politik der offenen Grenzen heftig umstritten. Die Kanzlerin begründete die Grenzöffnung vom 4. September mit einer humanitären Notlage als Ausnahme.

Bis heute fragen sich viele: Warum blieb sie auch in den folgenden Monaten dabei? Angela Merkel, so scheint es, hatte nie vor, die Grenze zu schließen. Nun aber stellt sich heraus: Sie hatte diese Absicht sehr wohl. Die Zurückweisung von Flüchtlingen wurde in der Großen Koalition vereinbart. Der entsprechende Befehl der Bundespolizei war schon geschrieben.

Anders als bisher bekannt, verständigten sich führende Politiker von CDU/CSU und SPD im September 2015, Flüchtlinge an der deutsch-österreichischen Grenze zurückzuweisen. Dies zeigen Recherchen für das Buch „Die Getriebenen – Merkels Flüchtlingspolitik. Report aus dem Inneren der Macht“ des Journalisten Robin Alexander, das am 13. März im Siedler-Verlag erscheint und in der „Welt am Sonntag“ exklusiv in einem Auszug vorabgedruckt wird.

Keine öffentlich schwer vermittelbaren Bilder

Demnach gab es am Samstag, dem 12. September, um 17.30 Uhr eine Telefonkonferenz, an der Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kanzleramtschef Peter Altmaier, Innenminister Thomas de Maizière (alle CDU), der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sowie der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und SPD-Chef Sigmar Gabriel teilnahmen.

In dieser Telefonkonferenz vereinbarten sie nicht nur, am Folgetag um 18.00 Uhr Grenzkontrollen einzuführen. Vielmehr einigten sich die Spitzenpolitiker ebenfalls darauf, dass Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden sollen.

Auch der Einsatzbefehl, den die Führung der Bundespolizei schrieb, wies in seiner ursprünglichen Fassung die Polizeidirektionen ausdrücklich an, Migranten ohne notwendige Papiere „auch im Falle eines Asylgesuches“ zurückzuweisen. Dafür wurden in der Nacht zum Sonntag Polizeibeamte aus ganz Deutschland an die Grenze beordert. Um sie zu transportieren, wurden Busse und sogar Hubschrauber eingesetzt.

Bei der konkreten Einsatzplanung im Innenministerium am Sonntag, dem 13. September, äußerten Beamte allerdings rechtliche Bedenken. Daraufhin verließ Innenminister de Maizière die Beratungen und rief Angela Merkel an. Die Kanzlerin traf keine Entscheidung, sondern verlangte von ihrem Minister Zusagen, dass die Grenzschließung vor Gerichten Bestand haben würde und es außerdem keine öffentlich schwer vermittelbaren Bilder vom Einsatz der Bundeswehr gegen Flüchtlinge gebe.

Wäre die Schließung der Grenze illegal gewesen?

Innenminister de Maizière erörterte daraufhin mit seinen Staatssekretären, führenden Beamten und Polizeiführern, ob diese Garantien gegeben werden könnten. Er verließ dann die Sitzung noch ein weiteres Mal für ein Telefonat. Diesmal holte er die Meinung des Koalitionspartners SPD ein.

Ohne die geforderten Garantien waren weder die Kanzlerin noch der Innenminister bereit, die am Vortag bereits mit dem Koalitionspartner vereinbarte Grenzschließung für Flüchtlinge anzuordnen. Schließlich wurde der bereits fertige Befehl der Bundespolizei umgeschrieben. Nun wurde befohlen, dass „Drittstaatsangehörigen ohne aufenthaltslegitimierende Dokumente und mit Vorbringen eines Asylbegehrens die Einreise zu gestatten ist“. Das hieß: Zwar sollte es eine Kontrolle geben – aber eine, bei der jeder, der Asyl sagte, hereingelassen wurde, egal ob er aus einem sicheren Drittstaat oder einem sicheren Herkunftsland kam.

Die Zurückweisung von Flüchtlingen scheiterte im Herbst 2015 also nicht, wie bisher vermutet, an mangelndem politischem Willen. Vielmehr war die politische Entscheidung dafür bereits gefallen. Es fand sich in der entscheidenden Stunde nur kein führender deutscher Politiker, der bereit war, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Trag auch du deine Verantwortung!

Gott hat auch dich dafür berufen, den christlichen Glauben in deinem Haus und in deiner Stadt nach deinen Möglichkeiten zu verkünden und zu bezeugen.

JEDES Volk, JEDES Land, JEDE STADT, JEDE SEELE gehört unserem Gott:

Ich werde Meinen Geist auf Ihn legen, und Er wird *den Nationen* Gericht verkünden. Und auf *Seinen* Namen werden sich *die Nationen* verlassen (Mt.12:18b,21).

Warum?

Weil er seinen Sohn für die GANZE WELT hingegeben hat und Gott will dass ALLE Menschen gerettet werden! (Jo.3:16; 1.Tim.2:4)

**Sei mutig!
Verkündige die Liebe, den Schrecken und das Gericht
des Herrn,
seinen Feinden, in deiner Stadt
(2.Kor.5:11; Ap.4:27,28).**

**Wenn du dich zur Wahrheit stellst, stellt er sich zu dir!
(Mt.10:32).**

Auf der nächsten Seite kannst du auch ganz praktisch Täter des Wortes Gottes werden, in dem du dich zur begrenzten Ordnung Gottes bekennt und zwar ganz persönlich:

[Online anzeigen](#)

**Globalen Migrationspakt der UNO stoppen – nationale
Souveränität erhalten!**

**die Vereinten Nationen planen, die ganze Welt in eine globale
Migrationsgesellschaft zu verwandeln.** Mit einem globalen Pakt für
Migration sollen Wirtschaftsmigranten echten Flüchtlingen gleichgestellt
werden und **Migration somit zu einer Art „Menschenrecht“** werden.
Hunderte Millionen Auswanderer aus allen möglichen und unmöglichen
Ländern der Welt könnten dann ungehindert nach Europa kommen.

Widerstand gegen diesen Wahnsinn kommt nur von zwei Ländern: **Den USA und Ungarn.**

<https://www.patriotpetition.org/2018/07/26/globalen-migrationspakt-der-uno-stoppen-nationale-souveraenitaet-erhalten/>

Der sogenannte „*Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration*“ soll am **10. und 11. Dezember 2018 in Marokko** von den Mitgliedsstaaten der **Vereinten Nationen (UN)** unterzeichnet werden. Im Kern beinhaltet dieser Pakt die **Gleichstellung von Migranten aller Art, unabhängig von ihrem legalen Status, mit echten Flüchtlingen**, die einen Schutzstatus genießen. Dies hätte zur Folge, dass künftig Staaten gemäß den neuen UN-Richtlinien gegen die „*Menschenrechte*“ verstoßen würden, wenn sie **illegale Einwanderer ausweisen oder illegale Grenzübertritte unter Strafe stellen**. Wann immer Menschen sich in einer „*schwierigen*“ Lage – wozu gemäß der UN schon Ernährungsunsicherheit, Armut oder die „*Folgen des Klimawandels*“ zählen – befinden, könnten sie beispielsweise nach Europa kommen und **Zugang zu allen sozialen Sicherungssystemen erhalten**. Laut UN-Generalsekretär Antonio Guterres sind derzeit **300 Millionen (ca. 3,4 Prozent der Weltbevölkerung)** Menschen als „*Migranten*“ unterwegs. Voraussichtlich werden **191 von 193 UN-Mitgliedsstaaten** den globalen Migrationspakt unterzeichnen, alle außer den **USA und Ungarn**. **US-Präsident Donald Trump** hatte den Rückzug seines Landes aus den Vertragsverhandlungen bereits frühzeitig angeordnet, nachdem klar wurde, worum es eigentlich geht. Die **UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley**, erklärte, dass der globale Ansatz des Vorhabens „*nicht mit der Souveränität der USA zu vereinbaren*“ sei und den Prinzipien von Präsident Trump, der das Wohlergehen des eigenen Volkes an die erste Stelle seiner Politik setzt, widerspreche. „*Wir werden entscheiden, wie wir unsere Grenzen am besten schützen und wer in unser Land einreisen darf*“, so Haley.

<https://www.patriotpetition.org/2018/07/26/globalen-migrationspakt-der-uno-stoppen-nationale-souveraenitaet-erhalten/>

Im **Juli 2018** folgte dann **Ungarn** diesem Beispiel und stieg ebenfalls aus dem UNO-Migrationspakt aus. **Ungarns Außenminister Péter Szijjártó** fand deutliche Worte: Der Pakt sei „*extremistisch, voreingenommen, eine Ermutigung für hunderte Millionen zur Migration*“ und stehe im Widerspruch „*zum gesunden Menschenverstand und der Absicht, die europäische Sicherheit wiederherzustellen*“, so der Minister. Angesichts von **29 großen Terroranschlägen**, die in den letzten dreieinhalb Jahren durch islamische Einwanderer in Europa verübt wurden, habe die Sicherheit Ungarns und des ungarischen Volkes für die **Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán** oberste Priorität. Zudem sei es ein **klarer Verstoß gegen das Völkerrecht**, wenn die UNO ein angebliches „*Menschenrecht auf Migration*“ proklamiere. Szijjártó ergänzte, der „*UNO-Migrationspakt stellt eine Gefahr für die ganze Welt dar*“.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Der globale Migrationspakt der UNO muss

unbedingt gestoppt werden! Die Regierung hat nicht das Recht, unsere nationale Souveränität aufzugeben und unsere fundamentalen Sicherheitsinteressen aufs Spiel zu setzen. Wir fordern daher mit anbei stehender Petition die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz auf, es den USA und Ungarn gleichzutun und umgehend aus dem globalen Migrationspakt der UNO auszusteigen. Sollte es in der UN-Generalversammlung zu einer Abstimmung über das Dokument kommen, fordern wir die Regierungen auf, mit Nein zu stimmen. Bitte unterzeichnen auch Sie diese wichtige Petition zum Schutz unserer Heimat.

Vielen Dank {name}, für Ihre wichtige Unterstützung!

<https://www.patriotpetition.org/2018/07/26/globalen-migrationspakt-der-uno-stoppen-nationale-souveraenitaet-erhalten/>

Jetzt unterzeichnen!

072018/5